

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA und Stefan Berger betreffend „Annahmeverbot bei Asylanträgen“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 18. Oktober 2022 zu Post 1

Die Zahl der Asylwerber ist zuletzt explodiert, tausende Flüchtlinge strömen derzeit Woche für Woche nach Österreich.

Laut der Statistik des Innenministeriums waren es heuer bis August 56.150 Asylanträge, im Vorjahr 19.058. Im Jahr 2015 lag die Zahl bei 88.340 Anträgen. Knapp 15.000 davon stammen von Indern und Tunesiern, Menschen, die "praktisch keine Chance auf Asyl haben". Auf Platz eins lagen von Jänner bis August Menschen aus Afghanistan mit 12.000 Asylanträgen, dahinter folgten Syrer mit rund 10.000 Anträgen, Inderinnen und Inder stellten in den ersten acht Monaten 7.600 Anträge auf Asyl.

Vor diesem Hintergrund lässt Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) Zelte für die Einwanderer aufstellen und stößt damit auf Widerstand aus den Bundesländern. Die Zeltlösung sei angeblich notwendig, weil der Bund am Ende seiner Kapazitäten sei und die Länder Flüchtlinge nicht übernehmen. Mehrere Bundesländer erteilten dem Vorstoß eine klare Absage. Im SPÖ-regierten Burgenland war vom „Totalversagen“ der Bundesregierung die Rede.

Während sich immer mehr Bundesländer gegen die „Asyl-Lager“ von Innenminister Karner wehren, fordert nun die erste ÖVP-Politikerin einen kompletten Asyl-Stopp. „Im Vergleich zu 2016 haben wir die damals vereinbarte Obergrenze von 37.500 Asylanträgen heuer längst überschritten. Damit hat unser System die Grenzen der Belastbarkeit erreicht“, schreibt Laura Sachslehner auf Twitter. „Um zu verhindern, dass sich die Situation noch weiter verschlimmert, brauchen wir einen Annahmestopp bei Asylanträgen“, so die ehemalige Generalsekretärin.

Diese Zelte sind „Monumente des Totalversagens“ dieser Bundesregierung und von Innenminister Karner. Es herrschen mittlerweile dieselben Zustände, wie es sie bereits im Katastrophenjahr 2015 gab und die sich nun noch weiter verschärfen werden.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat fordert die Bundesregierung und insbesondere den Bundesminister für Inneres auf, alle Maßnahmen zu ergreifen, um umgehend das Asylrecht auszusetzen, echten Grenzschutz samt Legalisierung von Zurückweisungen zu gewährleisten und die Errichtung von Zeltlagern zur Unterbringung einzustellen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung dieses Antrages beantragt.